Paris, Washington und Dresden im Globalkrieg

Obamas Iran-Veto, Merkel über Islamisten, Problempotenzial Pegida

Angesichts der blutigen Zwiste, die eben Europa ergreifen, überdenken nicht wenige die jüngsten Terroranschläge und die einmütige Abweisung der Islamisten durch nahezu vier Millionen Franzosen auf ihrer Pariser Demonstration vom 11. Januar (Foto). Der Denker Bernard-Henri Lévy nannte diese synchronisierten Morde der „Charlie Hebdo" Aktionen den „Churchill-Moment in Frankreichs Fünfter Republik". Winston S. Churchill hatte als Kriegspremier ab Mai 1940 voll das Ruder vom Zurückweichen zum Kampf gegen den totalitären Nationalsozialismus herumgerissen. Laut Lévy mögen die Rechtgläubigen im Islam sehr oft, sehr laut und in großer Zahl die korrupte Art der Theokratie zurückweisen. Islam müsse sich vom Radikalislam befreien. Klingt gut, dies wird aber sehr lange dauern.

Foto: Fabrice Virgili

Sonntag, den 11. Januar 2015, Solidaritätsdemo auf dem Pariser Place de la République für 17 Opfer des Terroranschlags gegen Charlie Hebdo, Monument à la République, 1883 Wahlspruch: Liberté, Égalité, Fraternité

In Islamräumen fehlt viel in der Basis: freier Meinungsstreit, kritisches Grundwissen und säkulare Kreativität. Diese florierte dort punktuell, bis es ab 11. Jahrhundert erstarb. Dann, sieben Jahrhunderte später, kam eine Ära sozialer Experimente. Auf den Schlachtfeldern unterlagen die Osmanen immer mehr den Europäern. Jedoch Europa, ihr Vorbild, stürzte sich selbst in einen vierjährigen Krieg. Nicht nur das. Es riss alle in den Strudel moderner Massenvernichtung hinein. Der in Mittelost kolonielose Kaiser Wilhelm alliierte sich mit dem Osmanenkalif in der Wahnidee, seine europäischen Rivalen durch die Jihadisierung des Islam in deren Kolonien zu schlagen. Nach dem Sieg der Mittelmächte um Berlin und Wien sollte ihnen der Islambund - die Vereinigten Islamischen Staaten - die Märkte öffnen. Berlin und Istanbul benutzten den Ungeist der Jihadrevolten. Er hielt danach nie mehr an.

Iran-Veto

Erben im Globalkrieg, die Ideologie des Islamismus, Jihadis in Europa, im „Kalifat Syro-irakistan“, in Mittelafrika von Tschad über Nigeria nach Kamerun, bald im „Kalifat Boko Haram“, in Islamisteninseln von Mauretanien über Algerien bis Libyen oder Malaysia bis Afghanistan, Pakistan und Indien, in al-Qaidas Ländern wie Somalia und Jemen, in China und im Kaukasus, in Arabien und Sinai sowie unter Israels Nachbarn, und nun in Europa, die daraus folgenden Dramen gehen auf die zivilisatorische Neukollision ab 1914 zurück.

Niemand mag sich zurechtfinden, der nicht studiert hat, was seit zwei Dekaden vor dem Ersten Weltkrieg, darin und danach lief. Daher ist es gut, sich genau auszudrücken. Lévy müsste es so sagen: Muslime sollten ihre Islamisten, darunter Jihadisten, deradikalisieren. Wie Osteuropäer, darunter Kommunisten, sich nach ihrer Selbstüberprüfung der liberalen Demokratie zuwandten. Massenhaft, vor und nach 1990. Ihnen standen Amerikaner und Westeuropäer bei. Nach deren Sieg über Faschismus und Nationalsozialismus wussten sie genauer, wie der Kommunismus ideologisch *und* materiell zu schlagen war; und was wohl aufkommen würde, wenn sie diesen 70jährigen Globalkrieg verlieren würden - Tyrannei.

Heute fehlen westliche Führer mit klarer Vision und solidem Sachwissen. Ihr möglicher Beistand für die Muslime gegen deren Islamisten gerät chaotisch. Präsident Obama zeigte nach sechs Jahren Krieg in Mittelost seine extrem mangelnde Lernfähigkeit. Er hat keine klare Doppelstrategie gegen den Terror und für den Antiislamismus. Er weigert sich, diese Ideologie zu entwickeln. Mitglieder seiner Administration tilgten „islamisch“ aus all ihren Kerntexten und üben sich wie sein Sprecher Josh Earnest in nebulöser Verbalakrobatik: es gehe nicht um islamischen, sondern gewaltsamen Extremismus durch Individuen, die ihre bösen Tat für eine verdrehte Ideologie ausüben. Er gibt ihre keinen spezifischen Namen.

Natürlich stößt der Präsident auf harsche Kritik des nun mehrheitlich durch Republikaner besetzten Kongresses. Er drohte ihnen am 16. Januar sein Veto gegen neue Sanktionen im Atomstreit mit dem Iran an. Dies könne zum Abbruch der Verhandlungen führen. Barack H. Obamas These mag aus der Politik weit jenseits des engeren Tatbestandes folgen. Denn es ist durchaus unlogisch, nicht jemanden in die Rüstkammer gehen und alle Waffen schärfen zu lassen, ansonsten könnten bestimmte Gespräche abgebrochen werden. Im Gegenteil hat jeder Teilnehmer die Pflicht, sich auf die Eventualfälle vorzubereiten. Das Teheraner Regime, das nie offiziell seine Staatspolitik aufgab, Islamistenrevolten zu exportieren, betreibt dies bereits lange. Vielmehr entsteht der Eindruck, der Präsident traue den Mullahs mehr als seinen Abgeordneten. Vielleicht projiziert er sich bereits als „Friedensheld“, der einen Krieg abwendete und mehr noch auf dieser Grundlage einen Sieg der Demokraten in den Präsidialwahlen 2016 herbeiführt. Oder, sollten die Verhandlungen entgleisen, kann er behaupten, die unregierbaren Republikaner gewarnt zu haben und ihnen die Schuld geben.

Was auch immer zutreffen mag, Obama übersieht, dass er es mit Islamisten zu tun hat, die hart nach Nukes greifen. Er ändert nicht den expansiven Charakter des Regimes. Was zwischen Libanon, Syrien, Irak und Jemen an Konflikten aufflammt, ist auch eine Teheraner Sache. Wenn die iranischen Herrscher urplötzlich Frieden wollten, so könnten sie ihre Verhandlungspartner rasch umstimmen. Jedoch gibt Obama den Gesprächen selbst nur 50 Prozent Erfolgschancen. Warum sich David Cameron nach so vielen Misserfolgen mit Iran hinter Obama stellt, mag im Lichte der anstehenden Wahlen im Mai erklärt werden. Rasch könnte er sich als Verlierer wiederfinden, und dies nicht nur beim Platzen jener Gespräche.

Allkanzlerin

Wozu wählen Bürger Politiker, wenn nicht dafür, drängende Probleme zu lösen und dazu Visionen zu entfalten? Dafür verdienen diese viel, lenken Stiftungen mit Forschern, deren Kollegen an Akademien und in Vereinen meist staatlich besoldet sind. Konkurrenzlos, da die Privateinrichtungen rar sind. Um dann am 16. Januar von der Kanzlerin zu hören: „Wir wissen zu wenig über den Islam." Den fürchten Deutsche oft nicht, sondern Islamismus. Ersteres ist die Religion, letzteres eine daraus abgeleitete Mischideologie, die Muslime von Islamisten trennt. Dies müssen, auch nach der Mahnwache am Brandenburger Tor vom 13. Januar, Muslimverbände dartun. Angela Merkel sprach das im Interview an: Islamismus finde statt, wo unter Berufung auf die Religion Gewalt angewendet oder dazu aufgerufen werde, um andere zu unterwerfen. Nicht zu rechtfertigen sei es, im Namen einer Religion Gewalt anzuwenden. Sie hat auch recht: die übergroße Mehrheit der Muslime daheim sei vor dem Generalverdacht zu schützen; aber Gewalt im Namen des Islams zu bekämpfen. Wenigstens gibt Angela Merkel dieses Wissensmanko zu. Aber erst nach Jahren der noch mangelnden Integration. Problematisch wird ihr „Kurs der Wählerbeschimpfung". In dem Lichte müssten jetzt Angela Merkel und Präsident Joachim Gauck dafür sorgen, dass ihre Nachfolger direkt gewählt werden können. Vielleicht hören die sodann auf, einen Volksteil Chaoten oder Rassisten zu nennen. Sie sollten mit Pegida sprechen, die kaum „Antiislam", sondern „Antiislamismus" sind. Punkte in deren Positionspapier entbehren weder Vernunft noch Logik. Versagen Präsident und Kanzlerin, könnten sie ungewünschte Extreme groß machen, die sie womöglich hinwegfegen. Will Merkel Allkanzlerin sein, muss sie mit Pegida umgehen. Deren Migrationsfragen seit 14. November 2014 sind wie in Paris europäisch.

Die Kanzlerin könnte dem Verfassungsschützer Hans-Georg Maaßen folgen. Er meinte am Montag, den 12. Januar über Pegida, diese würde nicht beobachtet. Zwar versuche die rechtsextremistische Szene, Anschluss an die politische Mitte bei Themen zu finden, die viele Menschen bewegen. Rechtsextremisten marschierten mitunter in Dresden mit. Doch hätte er dort nicht feststellen können, dass es über eine verschwindende Minorität hinaus mehr Rechtsextreme gebe oder dass diese daselbst etwa die Pegida-Organisation steuerten.

Laut Merkel sind Muslime ein Teil Deutschlands, und der Glaube, der ihnen wichtig ist, auch. „Sie sind Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, sie fühlen sich Deutschland verpflichtet und bringen sich mit ihrer Kraft hier ein. Wir erwarten, dass sie die deutsche Sprache sprechen, wir erwarten, dass sie sich zu unserer Rechtsordnung bekennen, und sie dürfen von uns erwarten, dass wir sie dann auch als zu uns gehörig annehmen." Einer der besten Erfahrungen meiner deutschen Rundreise bildeten junge Deutsche der zweiten Immigrantengeneration, die prima die Sprache sprechen und Prüfungen vorbereiteten. Sie bereichern die Heimat, anders als Jihadisten und Salafisten. Dazu die Kanzlerin: Salafismus gehöre nicht zu Deutschland. „Ehrenmorde", Gewaltexzesse in Familien oder Versuche, durch die Scharia eine Paralleljustiz zu bilden, seien mit der Wertordnung unvereinbar. Die unabhängige Justiz habe dies zu ahnden. Aber am Montag siegten die Islamisten: durch ihre Terrordrohung machten sie die 13. Pegida-Demo unmöglich. Der „Islamstaat" wolle deren Initiator Lutz Bachmann töten. Der kam unter Polizeischutz, zeigte sich im Foto als „Hitler", diffamierte Asylanten, trat am Mittwoch, den 21. Januar als Pegida-Chef ab - und hat sich erledigt. Nicht aber das Problempotenzial dahinter. Wolfgang G. Schwanitz

Dazu Bücher *Nazis, Islamists and the Making of the Modern Middle East*: Yale, February 25, 2014, 360 pp. sowie *Islam in Europa, Revolten in Mittelost:* Weist, 2013; 15. September 2014, 2. Aufl., Berlin, bestellbar.